

## Wider eine Nach-Corona-Depression

Zukunft wird mit Mut – und nicht mit der schwarzen Null gemacht | Von Reiner Hoffmann

Die Corona Pandemie ist eine globale Ausnahmesituation von historischer Dimension – mit enormen sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen. Trotz berechtigter Kritik im Detail hat die Bundesregierung rasch und umfassend mit Konjunkturpaketen und der Ausweitung der Kurzarbeit gehandelt, um die Wirtschaft und Beschäftigung zu stabilisieren. Besonders die Vermeidung eines drastischen Einbruchs auf dem Arbeitsmarkt ist ein Erfolg. Der Sozialsatz hat den Stresstest bestanden und die Notwendigkeit eines handlungsfähigen Gemeinwesens bewiesen. Auch für die Wirtschaft ist der Sozialstaat ein Produktivfaktor und kein Standortnachteil.

Auch die Gewerkschaften haben viel bewirkt. Soziale Härten konnten abgefedert und Beschäftigung gesichert werden. In vielen Tarifverträgen wurde eine Erhöhung des Kurzarbeitergeldes (KUG) erreicht. Die gesetzliche Aufstockung des KUG und die Verlängerung des Bezugs von Arbeitslosengeld konnte nur mit den Gewerkschaften erstritten werden. Vor allem in den Betrieben und Verwaltungen mit starken Betriebs- und Personalräten sind Menschen besser geschützt und abgesichert. Kurzum, Mitbestimmung wirkt und muss nach der Krise ausgebaut und gestärkt werden, hat sich doch auch gezeigt, dass es mit ordentlichen Tarifverträgen mehr Fairness und ordentliche Löhne gibt. Deshalb muss die Tarifbindung endlich deutlich erhöht werden. Auch das ist im Interesse für Wirtschaft. Solide Einkommen sichern die Binnennachfrage und schaffen gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen.

Die Coronakrise hat zugleich die soziale Ungleichheit verschärft und bei allen Stärken die Schwächen unseres Sozialstaates offengelegt. Ein Rückfall in altbekannte Muster nach der Melodie Gürtelenger-Schnallen, zurück zu schwarzer Null und Schuldenbremse oder ein Belastungsmoratorium für die Wirtschaft sind kein Zukunftskonzept. Ein Moratorium bedeutet Stillstand, und den können wir uns angesichts der Herausforderungen nicht leisten. Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft zur Bewältigung des Klimawandels und den digitalen Strukturwandel können wir nur dann erfolgreich gestalten, wenn wir mutig und beherzt auf 100 Prozent Zukunft umschalten.

Das bedeutet, dass in den nächsten Jahren ausreichende öffentliche und private Investitionsmittel zur Verfügung stehen müssen, um die sozial-ökologische Transformation gerecht und ökonomisch erfolgreich zu gestalten. Zukunftsgestaltung bedeutet nicht, eisern zu sparen, sondern mutig zu investieren. Bereits vor Ausbruch der Pandemie hat das Institut der Deutschen Wirtschaft und das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der HBS einen Investitionsbedarf von

mindestens 450 Milliarden Euro für die nächsten zehn Jahre identifiziert. Die Investitionsbereiche sind hinreichend bekannt und spätestens in der Coronakrise für alle sichtbar geworden. Viele Ökonomen haben aus der aktuellen Situation die richtigen Schlussfolgerungen gezogen und halten angesichts der enormen Investitionsbedarfe die Schuldenbremse nicht mehr für zeitgemäß. Richtig, denn angesichts

niedriger Zinsen haben Schulden ihren Preis verloren, und jede heute nicht getätigte Investition ist morgen eine Belastung der nächsten Generation.

Die digitalen Defizite in der Verwaltung, den Schulen, im Gesundheitswesen sowie in der Infrastruktur, aber auch in vielen Unternehmen sind mehr als offensichtlich.

Moderne Verkehrswege sind die Lebensadern

der Wirtschaft und sichern die Mobilität der Bevölkerung. In Deutschland ist das Schienennetz völlig überaltert. Die Pro-Kopf-Investitionen in die Schiene betragen keine 80 Euro. Unser Nachbarland Österreich investiert 218, in der Schweiz sind es sogar 365 Euro. Die Hälfte der Autobahnbrücken sind 50 Jahre und älter, nicht wenige können von Fahrzeugen über 7,5 Tonnen Gewicht nicht mehr befahren werden.

Das ist wirtschaftspolitisch ein nicht tragbarer Zustand. Ganz zu schweigen von dem völlig inakzeptablen maroden Zustand unserer Schulen und Bildungseinrichtungen. Sie müssten die Leuchttürme der Zukunft sein, Orte, an denen Bildung Freude bereitet, Innovationen freigesetzt und Chancengerechtigkeit gefördert werden. Massive Investitionen brauchen wir, wenn der Weg in eine CO<sub>2</sub>-arme Wirtschaft gelingen soll, in den Ausbau erneuerbarer Energien, von Speichertechnologien und smarten Energienetzen. Die Liste ließe sich nahezu endlos fortschreiben.

Ein ambitioniertes Investitionsprogramm bedeutet 100 Prozent Zukunft und muss mit dem Green Deal der EU-Kommission und einer vorausschauenden europäischen Industriepolitik verbunden werden. Mit Innovationen, einer europäischen Forschungs- und Entwicklungsstrategie können wir die industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung sichern.

Die Innovationsfelder sind hinreichend beschrieben, von intelligenten europäischen Verkehrskonzepten über eine grüne Wasserstoffökonomie auf Basis regenerativer Energien bis hin zu einer modernen Gesundheitswirtschaft, die uns vor zukünftigen Gesundheitskrisen schützt und resilienter macht.

Das alles wird gelingen, wenn wir die richtigen Lehren aus der Coronakrise ziehen, die Zukunftsgestaltung solidarisch mit unseren europäischen Partnern gemeinsam anpacken und nicht in eine tiefe Nach-Corona-Depression verfallen. Aufbruch und 100 Prozent Zukunft sind gefragt. Die Gewerkschaften sind bereit, diese Herausforderungen anzupacken.



REINER HOFFMANN

ist Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

## Für einen Nach-Corona-Schnellstart

Zukunft wird mit Mut – und der innovativen Kraft der Unternehmen gemacht | Von Steffen Kampeter

Die politischen Debatten in Deutschland fokussieren sich auf kurze Zeiträume. Das nennt man auf Sicht fahren. Volkswirtschaften, die dauerhaft auf Sicht fahren, dürften bald auf Grund laufen. Die deutsche Politik fährt auf Sicht. Sie hat nur ein beschränktes Blickfeld: Corona. Die Welt um uns herum schaut etwas verwundert, teils betroffen auf die Behäbigkeit, mit der politische Entscheidungen getroffen und widerrufen oder gar nicht erst getroffen werden. Es geht um Risikoabsicherung und Verantwortungsweiterleitung – nicht so sehr um Zukunftsgestaltung. Einzelne Zwischenrufe verhallen, ohne nachhaltige Wirkung zu erzielen.

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Helge Braun, hatte einen Deutschlandplan formuliert, der eine Blickerweiterung beinhaltet. Leider ist er nur wegen eines strittigen Details – der Aufweichung der Schuldenbremse – in Erinnerung geblieben. Eine Diskussion über die anderen, erwägenswerten Vorschläge hat nicht stattgefunden. Auch der Vorsitzende der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Ralph Brinkhaus, schlug eine Generalrevision Deutschlands vor – Diskussion allerdings: Fehlzanzeige.

Stattdessen wird minutiös ein Koalitionsvertrag abgearbeitet, dessen politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen aus einer Zeit stammen, als alle Corona noch für ein mexikanisches Bier hielten. Da wird munter weiter reguliert, verboten, quotiert und der Staat als umfassender Dienstleister für alle Lebenslagen etabliert.

In weiten Teilen der deutschen Wirtschaft wird die Stimmung hingegen immer schwieriger. Beginnend in der Hotel- und Gaststättenwirtschaft sowie im Handel – wo die Öffnung immer wieder möglich schien, dann aber wieder verströmt wurde – bis hin zur produzierenden Wirtschaft. No-Covid und Osterpausenideen mit der Schließung ganzer Wertschöpfungsketten haben die Zweifel am Willen zu einem Neustart in eine starke Wirtschaft und einen starken Arbeitsmarkt nach Corona zweifeln lassen.

Nun drohen der Wahlkampf und die Pause der wirksamen Politik. Ab Juli stoppt das Parlament. Dann folgt auf die Wahl die Koalitionsbildung. Erst im Frühjahr 2022 dürfen wir dann wieder mit Politik und hoffentlich einer wachstums- und beschäftigungsfördernden Reformagenda rechnen.

Damit es nochmal klar ist: Von Frühjahr 2021 bis Frühjahr 2022 – ein ganzes Jahr – beabsichtigt die Politik, keine Initiativen für einen Schnellstart nach Corona oder für die Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen der Unternehmen in Deutschland zu verabschieden. Das mag ja in den vergangenen Boomjahren funktioniert haben, jetzt aber gilt es, rascher

zu handeln – oder das Handeln zumindest vorzubereiten.

Ein Blick ins Ausland zeigt, dass dort nicht im Bummeltempo agiert wird. Die USA haben einen unternehmerischen Ansatz beim Impfen verwirklicht. In Großbritannien hat der Premier eine ehemalige Managerin mit dem Projekt betraut. Was ist das Ergebnis? Erfolg. Die Impfstrategien beider Länder führen zu erheblichem Wachstum und damit zu einem Startvorteil für die Zeit nach Corona.

Auch die asiatischen Staaten zeigen rasche Erholung. Der geostrategische und ökonomische Gewinner ist China – nicht zuletzt aufgrund des raschen Überwindens der Corona-Delle.

Wir brauchen in Deutschland keine politische Sommerpause, sondern einen Schnellstart in der Diskussion über die Rahmenbedingungen, die uns nicht in die zweite Liga absteigen lassen. Deutschland hat dabei ein gutes Fundament. Wir sind in vielen Märkten an der Spitze, unsere Talente sind gut ausgebildet, unsere Sozialpartnerschaft schafft soziale Stabilität, Innovationen in Unternehmen treiben mögliches Wachstum. Aber wir drohen, selbstgefällig zu werden.

Ein Kernpunkt unserer Diskussion muss die Demographie sein. Unsere alternde Gesellschaft bringt zahlreiche Konsequenzen mit sich. Aber wir verdrängen das. Umgestaltungen in den Sozialversicherungssystemen sind erforderlich. Hinzu kommt: Wir brauchen in Deutschland eine Bildungsoffensive. Wir haben viele Kinder und junge Leute, die während Corona in Schule, Ausbildung oder Studium gestrandet sind. Ihnen gilt unsere erste Zuwendung. Wir müssen wieder Anschluss an die Spitzen-Bildungssysteme finden.

Deutschland muss auch einfacher werden. Die zahlreichen Vorschriften und Vorgaben – vom Arbeitsrecht bis zum angeblichen Verbraucherschutz – sind nicht nur in einen Wust von Bevormundungen gemündet, sie verhindern auch Wohlstand und soziale Sicherheit. Deutschland muss sich wieder darauf besinnen, dass die Industrie uns stark gemacht hat. Industrie schafft die Innovationen, die den Klimawandel bewältigen helfen. Das kann keine Regierungskommission – das können nur die Unternehmen.

Wirtschaft ist nicht das Problem. Wirtschaft ist Teil der Lösung. Wenn ich lese, dass Deutschland ein Fahrradland werden soll, dann stockt mir der Atem über so viel Zukunftsvergesenheit.

Die Zukunft unseres Landes liegt in den Händen der gewählten Repräsentantinnen und Repräsentanten. Sie müssen sich dieser Diskussion stellen, gemeinsam mit der Wirtschaft nach Lösungen für die Zukunft suchen. Aber sie dürfen sich nicht verstecken und aus der Wagenburg heraus das Virus bekämpfen.



STEFFEN KAMPETER

ist Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).

Lesen Sie mehr vom Hauptstadtbrief – diese Woche:

Geostrategischer Ernstfall – Henning Hoff über die sich zuspitzende Konfrontation zwischen Russland und der Ukraine. Kandidatenstadel – Katharina Hamberger über die Unionsfraktion, die K-Frage und Wild Cards. Reifeprüfung – Inge Kloepfer in ihrer Kolumne Auf den zweiten Blick über die wunderlichen Ideen der GEW. Freizeittipp für Coronagelungweilte: Müllwandern – für eingesamelte Zigarettenskippen gibt es Extrapunkte! [www.derhauptstadtbrief.de](http://www.derhauptstadtbrief.de).

DER HAUPTSTADTBRIEF

AUS DEM BANNASKREIS  
Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

ist Kolumnist des Hauptstadtbrieft. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

## Stecker

Im Sinne der Wortschöpfung „Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche“ haben jüngst Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Corona-Ministerpräsidentenkonferenz Selbstkritik geübt. Am weitesten ging Angela Merkel, die um Verzeihung bat, weil sie letzten Endes für „alles“ die Verantwortung trage, was die Richtlinienkompetenz, mithin den Verantwortungsbereich, des Bundeskanzlers weit über die Fassung des Grundgesetzes hinaus ausdehnte.

Beklagt wurde auch die Sechsstunden-Unterbrechung der Verhandlungen, während der Ministerpräsidenten unverrichteter Dinge vor ihrem Bildschirm saßen, eine Wartezeit, auf die sich niemand sonst auch nur irgendwo einlassen würde. Dass danach zu früher Morgenstunde ein bis dato unbekannter – und wie sich erwies: ziemlich mangelhafter – Vorschlag des Bundeskanzleramtes angenommen wurde, soll auch nicht wieder vorkommen.

Vor allem aber kritisierten Teilnehmer, dass nichts vertraulich bleibe. Entwürfe von Beschlussvorlagen, wörtliche Zitate auch, würden nach draußen lanciert: Durchstechereien ohne Ende. Als Ursache wurde ausgemacht, dass die Treffen der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin als Videokonferenzen abgehalten würden und der Kreis der Zugeschalteten unüberschaubar (!) groß geworden sei. Wobei sogar in Wörterbüchern die Definition zu finden ist, dass das Durchstechen eine hergebrachte Form der Kommunikation zwischen Politik und Journalismus sei.

Indiskretionen – nun eben anlässlich der Corona-Seuche – sind Mittel zum Zweck. Sie haben Tradition. Der Ärger darüber natürlich auch. Gründe und Anlässe für die Akteure gibt es so viele, dass die Suche nach „Schuldigen“ meist ins Leere läuft. Mit dem Vorab-Lancieren von Vorlagen (zum Beispiel des Kanzleramtes) lässt sich politischer Druck gegen mutmaßliche Gegner aufbauen. Im Gegenteil kann das Ziel verfolgt werden, öffentlichen Widerstand dagegen zu organisieren. Versuchsballons können so gestartet oder auch zum Platzen gebracht werden.

Gern schmeicheln sich Ehrgeizige und andere bei Medienleuten ein, indem sie ihnen vertrauliche Papiere und Zitate zuspüren. In Wahlkampfzeiten erst recht. Die beste Medizin dagegen ist es, zu entscheidenden Sitzungen erst dann einzuladen, wenn das Ergebnis schon verabredet ist.

Ab sofort haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Durchstecher und Durchstecherinnen vom März Besserung gelobt. Mal schauen, was draus wird.